

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

Bundesministerium des Innern
Referat M 3
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

01.03.2017

ausschließlich per Email: M3@bmi.bund.de

Referentenentwurf eines Gesetzes zur gebührenrechtlichen Anpassung des Aufenthaltsgesetzes sowie zur 15. Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung Ihre Mail vom 10.02.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bedankt sich für die Zuleitung der Referentenentwürfe zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und der Aufenthaltsverordnung und nimmt erneut – wie schon bei den Referentenentwürfen im April 2015 – die Gelegenheit wahr, sich zu den vorgeschlagenen Neuregelungen und Anpassungen der Gebührentatbestände zu äußern.

Wie bereits in unserer ersten Stellungnahme vom 13.05.2015 dargelegt, begrüßen wir die geplanten Änderungen im Aufenthaltsgesetz und die Gebührenanpassungen in der Aufenthaltsverordnung. Vor allem die Ablösung des Äquivalenzprinzips durch das Kostendeckungsprinzip kann nachhaltig dazu beitragen, die Unterdeckung der Ausländerbehörden bei den Gebühreneinnahmen zu verringern.

Gleichwohl sehen wir weiterhin Änderungs- und Anpassungsbedarf. Insofern treffen die Ausführungen in der Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände vom 13.05.2015 nach wie vor zu, die wir nochmals zu Ihrer Information beifügen.

Befreiungstatbestände

Die Umstellung auf das Kostendeckungsprinzip bewirkt, dass einige Gebühren deutlich erhöht und andere deutlich gesenkt werden. Durch die Erhöhung der Gebühren gemäß § 44 AufenthV-E sind weniger Auswirkungen zu erwarten, da gerade im Bereich der Duldungen in den weit überwiegenden Fällen gemäß § 53 AufenthV wegen des Bezugs von Sozialleistungen von einer Gebührenerhebung abzusehen ist. Aus diesem Grund wird die bereits in der Stellungnahme vom 13.05.2015 angeregte Überprüfung der Befreiungstatbestände nochmals nachdrücklich gefordert.

Zudem führen insbesondere bei der Erteilung eines elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) die Befreiungstatbestände dazu, dass die kommunalen Ausländerbehörden in vielen Fällen nicht nur keine Gebühren festsetzen können, sondern ihrerseits die von der Bundesdruckerei für die Herstellung des Kartenkörpers in Rechnung gestellten Kosten zu tragen haben. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

Runden der Gebührenbeträge

Erfreulich ist, dass Sie unserem Vorschlag, die Gebührentatbestände der §§ 44 bis 47 AufenthV-E zu runden, teilweise gefolgt sind. Nicht nachzuvollziehen ist allerdings, warum die „krummen“ Gebühren für die pass- und ausweisrechtlichen Maßnahmen des § 48 AufenthV-E nicht ebenfalls angepasst und geeignet gerundet wurden.

In diesem Zusammenhang ist noch einmal nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass gerade die unterschiedlichen Nachkommabeträge der Gebührentatbestände für die Ausländerbehörden schwer handhabbar sind. Derart ungerade Beträge erhöhen den Kassenaufwand erheblich. Zudem erhöhen sie die Notwendigkeit der Bereithaltung von viel Münzgeld für die Herausgabe des Wechselgeldes bei Barzahlung. Erfahrungsgemäß wird ein großer Teil der Bezahlvorgänge – in der Ausländerbehörde München bspw. in etwa 80 % der Fälle – auf Wunsch der Kundinnen und Kunden noch per Barzahlung abgewickelt. Wegen der weiteren Aspekte verweisen wir auf unsere ausführliche Stellungnahme in diesem Punkt vom 13.05.2015.

Darüber hinaus bitten wir nochmals zu prüfen, ob das grundsätzliche Abrunden der Gebühren zwingend aus dem Kostendeckungsprinzip des § 69 Abs. 2 AufenthG-E folgt. Aus unserer Sicht hätten die Gebühren nach oben korrigiert werden müssen. Seit der zugrundeliegenden Gebührenevaluierung sind bereits mehrere Jahre vergangen, sodass sich bspw. die der Kalkulation zugrundeliegenden Personalkosten durch die zwischenzeitlich erfolgten Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst und der Übernahme der Tarifabschlüsse für die Beamten in den Bundesländern deutlich erhöht haben dürften. Das „Aufrunden“ der Gebühren ist auch mit § 69 Abs. 3 AufenthG-E vereinbar. Da damit keine „unangemessen hohe Gebührenlast“ für die Ausländerinnen und Ausländer verbunden wäre. Jedenfalls hätte die Rundung nach kaufmännischen Grundsätzen erfolgen müssen.

Keine Gebührenunterscheidung bei der Dauer der Erteilung bzw. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis oder Blauen Karte EU

Angesicht des im Rahmen der Gebührenevaluierung festgestellten geringen kalkulatorischen Unterschieds zwischen der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Blauen Karte EU von bis zu einem Jahr und der Erteilung von über einem Jahr, erscheint eine Differenzierung der Gebühren, die sich an der Erteilungsdauer orientiert, unseres Erachtens nicht mehr gerechtfertigt. Auf die entsprechenden Ausführungen in unserer Stellungnahme vom 13.05.2015 wird Bezug genommen.

Für § 45 AufenthV-E wird daher aus verwaltungsökonomischen Gründen folgender Verordnungstext vorgeschlagen:

„§ 45 Gebühren für die Aufenthaltserlaubnis und die Blaue Karte EU

An Gebühren sind zu erheben

1. für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Blauen Karte EU unabhängig von der Dauer der Erteilung 100 Euro.
2. für die Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Blauen Karte EU unabhängig von der Dauer der Verlängerung 95 Euro.
3. für die durch einen Wechsel des Aufenthaltszwecks veranlasste Änderung der Aufenthaltserlaubnis einschließlich deren Verlängerung 98 Euro.“

Auch wenn der für die Erteilung des Aufenthaltstitels vorgeschlagene Betrag von 100 Euro die ursprünglich kalkulierten Beträge von 98,60 Euro bzw. 99,70 Euro leicht übersteigt, ist der Gebührenschuldner hierdurch nicht unverhältnismäßig belastet. Das in § 69 Abs. 2 AufenthG- E normierte Kostendeckungsgebot bleibt gewahrt. Die Gebühr von 100 Euro liegt noch deutlich unter den in § 69 Abs. 3 Nr. 1 und 1a AufenthG-E normierten Höchstbeträgen von jeweils 140 Euro.

Wenn für die Erteilung bereits eine von der Dauer losgelöste Gebühr erhoben wird, wäre es unverständlich, wenn bei der Verlängerung wieder eine Unterscheidung nach Ausstellungsdauer des Titels vorgenommen werden würde. Deshalb regen wir auch hier eine einheitliche Gebühr (95 Euro) unabhängig von der Verlängerungsdauer an.

„Ausweisersatz“ auf dem eAT

Im Jahr 2011 wurde mit der Sechsten Änderung der AufenthV mit § 48 Abs. 1 Nr. 15 laut Gesetzesbegründung „eine Gebührenregelung für die Fälle eingeführt, in denen die Notwendigkeit besteht, einen elektronischen Aufenthaltstitel nachträglich als Ausweisersatz auszustellen (§ 78 Abs. 1 Satz 4 des Aufenthaltsgesetzes). Mit der für die Neuausstellung mit dem zusätzlichen Aufdruck „Ausweisersatz“ vorgesehenen Gebühr sind sowohl die Produktkosten für die neue Karte als auch die entstehenden Verwaltungskosten abgedeckt. Sofern ein elektronischer Aufenthaltstitel demgegenüber direkt auch als Ausweisersatz ausgestellt wird und insofern bereits bei Ausgabe mit dem Aufdruck „Ausweisersatz“ versehen ist, ist die Gebühr für die Ausstellung des Ausweisersatzes bereits mit der Gebühr für die Erteilung des Titels abgegolten.“

Sowohl die aktuelle Gebühr nach der o. g. Ziffer 15 als auch die Gebühr für die z. B. wegen Verlusts erforderliche Neuausstellung eines elektronischen Aufenthaltstitels nach § 45c AufenthV beträgt aktuell in beiden Fällen jeweils 60 Euro. So ist die alleinige Prüfung der Voraussetzungen für einen Ausweisersatz in Form des eAT sowie das Anbringen des Zusatzes „Ausweisersatz“ auf dem eAT bisher für sich genommen gebührenfrei, sie ist mit der Gebühr für den Aufenthaltstitel abgegolten.

Nach der nunmehr erfolgten Analyse ist man für den neuen Gesetzentwurf zum Schluss gekommen, dass die Neuausstellung eines eAT ohne Ausweisersatz nach § 45c AufenthV aufgrund der geringeren Bearbeitungsdauer eine geringere Gebühr (66 Euro) zur Folge hat als die Neuausstellung des eAT mit dem Zusatz Ausweisersatz (71,50 Euro). Das trägt dem Umstand Rechnung, dass die Prüfung der Voraussetzungen für die Ausstellung eines Ausweisersatzes Zeit benötigt und somit zusätzliche Personalkosten verursacht.

Es findet sich jedoch keine neue Ziffer in dem Gesetzentwurf, wonach auch für die erstmalige Prüfung und Ausstellung eines Ausweisersatzes durch Anbringen des entsprechenden Zusatzes auf dem eAT Gebühren entstehen. Diese Kosten sind weiterhin mit der Gebühr für den Aufenthaltstitel abgegolten und der Ausweisersatz bleibt in Kombination mit einem eAT für sich genommen gebührenfrei. Dies erscheint nicht gerechtfertigt, da naturgemäß Kosten für die Prüfung der Voraussetzungen für den Ausweisersatz entstehen. Wir regen daher das Schaffen eines neuen Gebührentatbestandes für die dafür entstehenden Kosten an.

Ausstellung einer Fiktionsbescheinigung

§ 47 Abs. 1 Nr. 8 AufenthV-E regelt die Gebühr für die Ausstellung einer Fiktionsbescheinigung gemäß § 81 Abs. 5 AufenthG. Die Fiktionswirkung des § 81 Abs. 3 bzw. 4 AufenthG gilt bis zur Entscheidung der Ausländerbehörde, jedoch wird die Fiktionsbescheinigung durch die Ausländerbehörde mit einem Ablaufdatum versehen. Unklar ist, ob die Verlängerung der Fiktionsbescheinigung gebührenfrei erfolgt oder ob erneut die Gebühr gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 3 AufenthV-E zu erheben ist. Hier wäre eine Klarstellung sinnvoll.

Zeitpunkt des Inkrafttretens der geplanten Änderungen

Hinsichtlich des Inkrafttretens der Änderungen bitten wir Sie eindringlich darum, eine ausreichende Vorlaufzeit von mindestens vier Wochen festzulegen, damit die Ausländerbehörden die Möglichkeit haben, die notwendigen organisatorischen und technischen Anpassungen vorzunehmen.